

## Neue Liaison zweier Schneesportgebiete

Die beiden Skigebiete Grösch-Danusa und Wildhaus präsentieren ein gemeinsames Winterabo.

VON DARIA JOOS

Das eine Skigebiet liegt im Prättigau, das andere im Toggenburg. In den einen Bergbeizen ist vor allem Bündnerdeutsch zu hören, in den anderen dominiert St. Galler Dialekt. Zwischen der einen Talstation in Grösch und der anderen in Wildhaus liegen rund 34 Kilometer Luftlinie und eine 45-minütige Autofahrt. Was die Skigebiete Grösch-Danusa und Wildhaus verbindet, scheint nicht offensichtlich. Das soll sich in diesem Winter ändern.

Ab der kommenden Schneesport-saison sind die Winterabos beider Skigebiete gegenseitig uneingeschränkt gültig. Das heisst: Wer ein Saisonabo für Grösch-Danusa besitzt, kann dieses auch in Wildhaus nutzen. «Unser Ziel ist es, gemeinsame Mehrwerte für den Kunden zu schaffen», sagte Hans Peter Lötscher, Verwaltungsratspräsident der Bergbahnen Grösch Danusa AG, gestern an einer Medienkonferenz im Landgasthof «Schlössli» in Sax. «Die Kundenbedürfnisse stehen im Vordergrund», betonte auch Grösch-Danusa-Direktor Mario Davatz.

Das neue Angebot richtet sich vor allem an Familien, da sich sowohl Grösch-Danusa als auch Wildhaus als Familienskigebiete präsentieren. Aus der neuen Kooperation geht deshalb das Label «Top of Kids» hervor, wie Urs Gantenbein, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Bergbahnen Wildhaus AG, erklärte. «Wie der Name schon sagt, hat das Label den Anspruch, im Angebotsbereich für Familien und Kinder eine führende Rolle in der Ostschweiz zu übernehmen», so Gantenbein weiter.

### Bergbahnen mit Konflikten

Die Bergbahnen Grösch-Danusa und Wildhaus teilen nicht nur den gemeinsamen Ruf als Familienskigebiet. Beide Unternehmen haben turbulente Zeiten

erlebt. Die Bergbahnen Wildhaus liegen schon seit Jahren mit den Nachbarn und Konkurrenten Bergbahnen Toggenburg im Streit. Sowohl der Kanton St. Gallen als auch das Staatssekretariat für Wirtschaft konnten den Konflikt nicht lösen.

Die Bergbahnen Grösch-Danusa mussten im März eine Niederlage einstecken: Die jahrelang geplante Ski-gebietsvergrößerung in der Region Matta/Furna Berg wurde von der Furner Gemeindeversammlung abgelehnt. Verwaltungsratspräsident Lötscher sprach damals von «der grössten Niederlage» seiner beruflichen Laufbahn (Ausgabe vom 8. März).

### Insgesamt 60 Pistenkilometer

Auf die Schwierigkeiten der Vergangenheit gingen die beiden Bergbahnunternehmen nicht ein. Gleich zu Beginn der Medienkonferenz betonte Jack Rhyner, Verwaltungsratspräsident der Bergbahnen Wildhaus AG: «Wir wollen heute Positives berichten.» Ins gleiche Horn stiess Hans-Peter Lötscher. Man wolle keine Probleme bewirtschaften, sondern Chancen suchen - «Feuer entfachen, nicht Asche weitertragen».

Wo dieses Feuer entfacht wird, erklärte Urs Gantenbein, als er das Grösch-Danusa-Wildhaus-Abo vorstellte. «Wir bieten zwei schneesichere Wintersportgebiete mit total 60 Kilometer Pisten», sagte er - schneesicher deshalb, weil die Gebiete künstlich beschneit würden. Auf die Schneesportler warte das «wahrscheinlich schönste Kinderland der Schweiz». Wer das skigebietsübergreifende Abo besitze, profitiere zudem von zusätzlichen Angeboten, wie etwa einem Gratiseintritt ins Conny-Land oder dem kostenlosen Sommerbetrieb der Bergbahnen Wildhaus.

Weiter betonte Gantenbein, dass die unternehmerischen Freiheiten der Kooperationspartner unabhängig bestehen bleiben. «Wir sind nicht verheiratet, sondern liiert», so Gantenbein.



Lebhafte Diskussion: Philipp Wilhelm weibelt für ein Ja zur Waffenrichtlinie, Michael Fiegl (Junge SVP), Carl Frischknecht und Bernhard Lampert (von links) hören zu.

Bild Marco Hartmann

## Gemachte Meinungen zum Waffenrecht

Gegner und Befürworter der Waffenrechtsvorlage haben sich am Donnerstag in Chur vor wenigen Interessierten zu einer Podiumsdiskussion getroffen.

VON HANS PETER PUTZI

«Man sieht aufgrund des Aufmarsches, dass die Meinungen wahrscheinlich gemacht sind und wir hier nicht mehr wahnsinnig viel zur Meinungsbildung beitragen können.» Mit diesen Worten eröffnete Carl Frischknecht, Präsident des Bündner Schiesssportverbandes (BSV), am Donnerstagabend das Podiumsgespräch zur Revision des Schweizer Waffengesetzes im Churer Calvensaal. Gerade mal elf Zuschauerinnen und Zuschauer fanden sich im Calvensaal ein. Organisiert wurde der Anlass vom BSV und der Jungpartei der SVP Graubünden.

Neben Frischknecht weibelte Bernhard Lampert, Zentralpräsident des Verbandes der Schweizer Schützenveteranen, für ein Nein zur Vorlage. Als Befürworter versuchte der Bündner SP-Präsident und Davoser Grossrat Philipp Wilhelm, die wenigen Anwesenden zu überzeugen.

### «Blankocheck an die EU»

In seinem Einleitungsreferat ging Frischknecht kurz auf die Vorlage ein. Über sie wird in der Schweiz abgestimmt, weil die EU im Zuge der Terrorbekämpfung ihre Waffenrichtlinien verschärft. Die Schweiz ist als Mitglied des Schengenraums verpflichtet, die Änderungen zu übernehmen. Sie konnte jedoch Ausnahmeregelungen aushandeln, damit die Schweizer Schiess- und Jagdtradition möglichst im bisherigen Rahmen weitergeführt werden kann. Konkret wird den Schweizer Schützen zum Beispiel weiter-

hin die Verwendung der in der EU verbotenen halb automatischen Gewehre erlaubt. Die Besitzer müssten jedoch neu Mitglied in einem Schützenverein sein. Sportschützen müssten nachweisen, dass sie die Waffen regelmässig für das sportliche Schiessen nutzen.

### Nur elf Zuschauerinnen und Zuschauer wollten sich im Calvensaal informieren.

Frischknecht zeigte in der Diskussion erwartungsgemäss keine Freude an den neuen Bestimmungen, trotz der Ausnahmeregelungen für die Schweiz: «Damit verliert die Schweizer Bevölkerung faktisch das Recht auf Waffenbesitz, denn diese Gesetzesänderung ist ein Blankocheck für die EU.» Diese könne mit einem automatischen Mechanismus künftig die neuen Richtlinien ohne Zustimmung der Schweiz weiter verschärfen. «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das Verbot aller halb automatischen Waffen auch in der Schweiz gilt», befürchtet er.

«Sicherheit für die Bevölkerung» Lampert störte sich zudem daran, «dass die Schützen nun mit einer offiziell verbotenen Waffe hantieren müssten, die nur noch geduldet ist». Das sei der Beginn des Begräbnisses des Schützenwesens, eines Schweizer Brauchtums.

Eine andere Meinung dazu vertritt Wilhelm, für die Schützen ändere sich sehr

wenig. «Gerade, weil die Schweizer Schützen wissen, wie mit den Waffen umzugehen ist, konnte die Ausnahmeregelung mit der EU abgeschlossen werden», so Wilhelm. Keinem EU-Staat werde dieses gesonderte Recht zugestanden. Es sei aber für die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung wichtig, zu unterscheiden, wer eine solche halb automatische Waffe besitzen dürfe - und wer nicht. Er verwies auf die Schweizer Verfassung, die Massnahmen zum Waffenmissbrauch vorsehe. «Wer braucht denn eine Waffe, ausser die Sicherheitsdienste, Jäger und in Vereinen aktive Schützen?», fragte Wilhelm.

Frischknecht ging auch auf die umstrittene Frage ein, ob die Schweiz mit einer Ablehnung der EU-Richtlinie aus dem Schengenraum ausgeschlossen werde. «Diese Behauptung habe er nur von Schweizer Parlamentariern gehört. Die EU hat doch gar kein Interesse, dass ein Land mitten in Europa aus dem gemeinsamen Sicherheitsverbund ausgeschlossen wird.» Auch nicht, weil die Schweiz 7,3 Prozent der Kosten des Schengensystems finanziere. Dieser Behauptung Frischknechts widersprach Wilhelm: «Die Möglichkeit, dass die Schweiz den Zugriff auf die EU-Daten in Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung verliert, besteht mit einer Ablehnung.»

Zusammen mit Wilhelm wurde auch BDP-Nationalrat und Jäger Duri Campell als Pro-Redner angekündigt. Der Engadiner war jedoch nicht zugegen. Über die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie wird am 19. Mai abgestimmt.



Gemeinsame Zukunft: Mario Davatz, Hans Peter Lötscher, Jack Rhyner und Urs Gantenbein (von links) unterzeichnen den Kooperationsvertrag.

Bild Daria Joos

INSERAT

Am 19. Mai zählt jede Stimme: Jetzt abstimmen

## JA zum Waffenrecht und Schengen/Dublin! Für unsere Sicherheit und Freiheit.

Das neue Waffenrecht hilft, Waffenmissbrauch und illegalen Handel zu bekämpfen. Es nimmt viel Rücksicht auf Schweizer Traditionen. Vor allem aber sichert es den Verbleib unseres Landes im Schengen-Raum mit allen damit verbundenen Vorteilen: grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit, Reisefreiheit in Europa und einen starken Wirtschaftsstandort.



Petra Gössi  
Präsidentin FDP  
FDP  
Die Liberalen

Ida Glanzmann-Hunkeler  
Vizepräsidentin CVP  
CVP

Martin Landolt  
Präsident BDP  
BDP

Jürg Grossen  
Präsident glp  
grünliberale

Christian Levrat  
Präsident SP  
SP

Regula Rytz  
Präsidentin GRÜNE  
GRÜNE

Marianne Streiff-Feller  
Präsidentin EVP  
EVP